

Von der Finanzmarktkrise in die Realwirtschaftskrise

Was man dagegen tun sollte
und was nicht

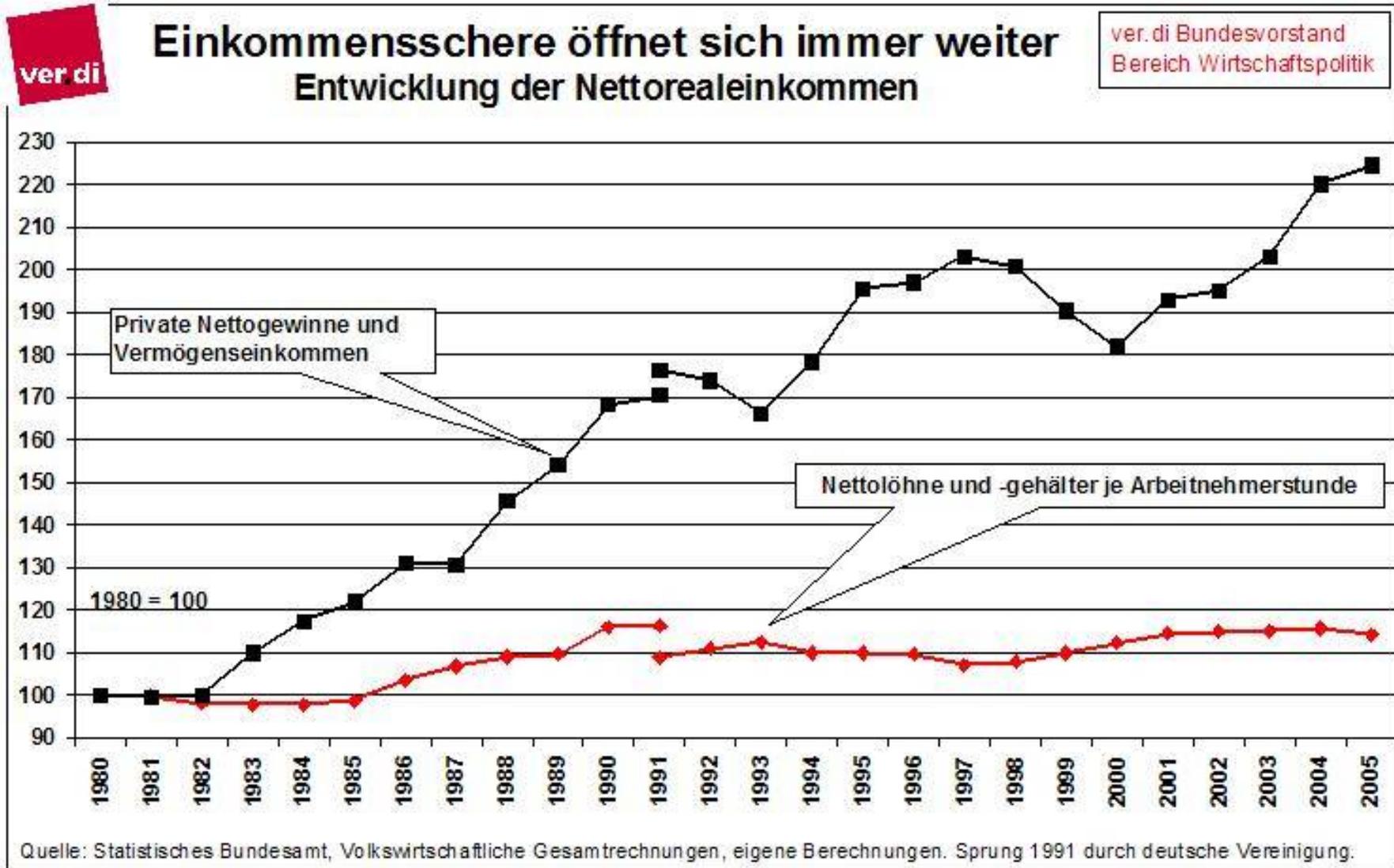
Vortragsmanuskript
von
Egbert Scheunemann

Stand: April 2009

I. Die drei Ursachen der Krise

- 1. Ursache:** Hegemonie des theoretischen Modells des vollkommenen Marktes in den Lehrbüchern (‚heilige Dreifaltigkeit‘ der Neoklassik bzw. des Neoliberalismus: vollkommene Konkurrenz, vollkommene Information, vollkommene Mobilität) → Ausbildung aller ‚Eliten‘ und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft nach einheitlicher Ideologie seit Jahrzehnten.
- 2. Ursache:** Hegemonie des Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Helmut Schmidt, Reaganomics, Thatcherismus, Agenda 2010 etc.):

- Deregulierung der Kapitalmärkte,
- Senkung von Unternehmens- und Unternehmersteuern,
- Privatisierung öffentlichen Eigentums,
- Abbau des Sozialstaats,
- Deregulierung des Arbeitsrechts,
- Reallohnsenkungen,
- Arbeitszeitverlängerung,
- Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung,
- wachsende Kluft zwischen Arm und Reich,
- Verschärfung internationaler Konkurrenz um Absatzmärkte und Rohstoffe (insbesondere seit Zusammenbruch des Realsozialismus).



Stetig sinkender Anteil der Arbeitseinkommen

Entwicklung von Nettolohnquote...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Schäfer 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

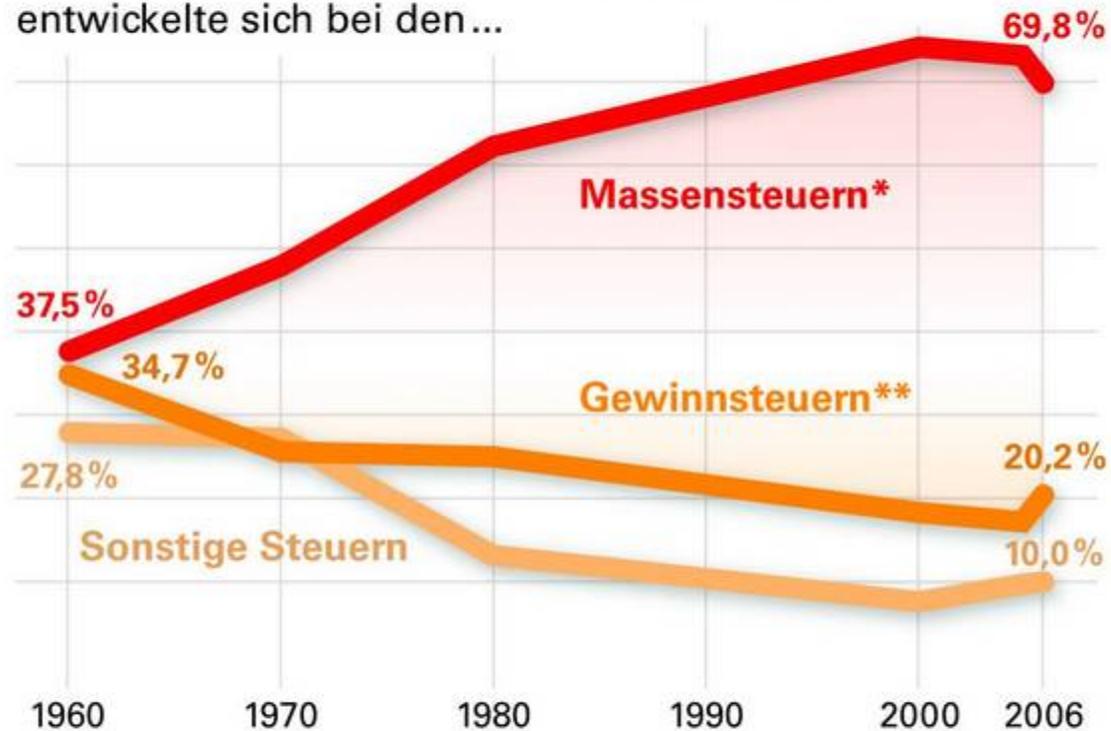
... und Nettogewinnquote*





Steuerlast im Ungleichgewicht

Der Anteil am gesamten Steueraufkommen entwickelte sich bei den...

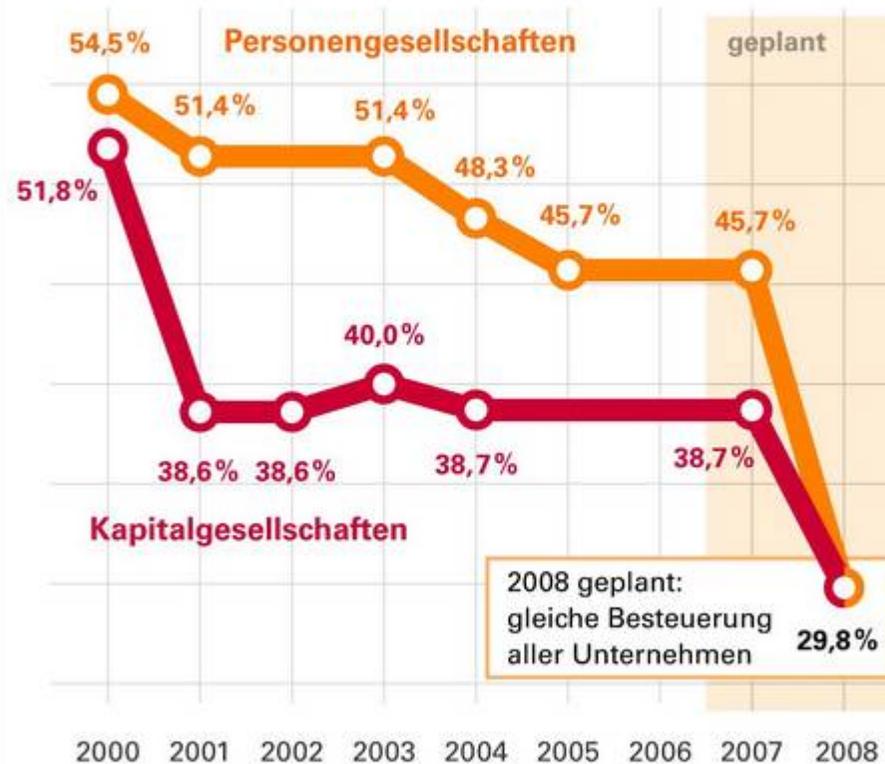


*Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchsteuern, Mineralöl-/Energiesteuer; ** Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuer vor Ertrag, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlag; Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des WSI 2008
©Hans-Böckler-Stiftung 2008



Unternehmensteuern sinken immer weiter

Steuersätze der Unternehmen*

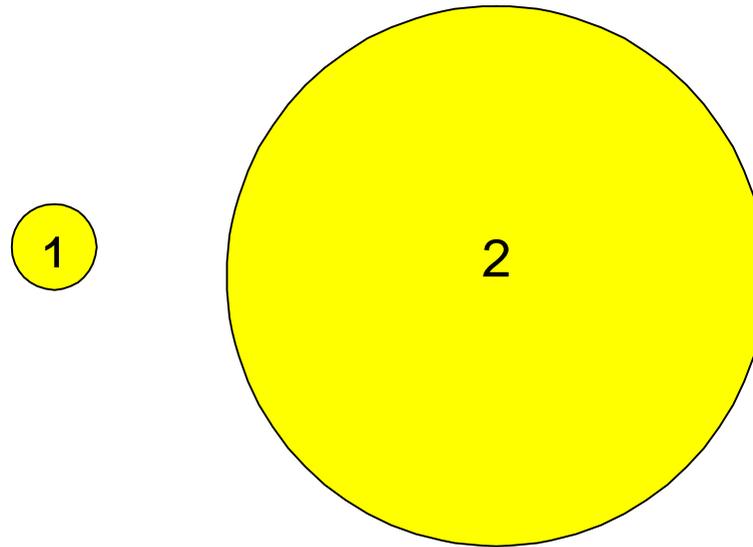


*maximale Grenzsteuersätze, zusammengesetzt aus Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer plus Gewerbesteuer (Hebesatz 400%) plus Solidaritätszuschlag
Quelle: BMF, Berechnungen IMK 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

DIE krisentheoretisch relevante Folge neoliberaler Realpolitik: Akkumulation riesiger Gewinne, die aufgrund zurückbleibender Masseneinkommen nicht vollständig und sinnvoll in der Realökonomie investiert werden konnten und deswegen auf die internationalen Finanzmärkte abwanderten (Fusionswelle der 1990er Jahre, Hype der New Economy 2000, Finanzierung des US-amerikanischen Haushaltsdefizits etc.): Initialzündung der Aufblähung der internationalen Finanzmärkte.

- 3. Ursache:** Heftig verstärktes Eigenleben der Finanzmärkte (beschleunigt durch modernen, extrem schnellen Computerhandel): Eigene Geldschöpfung durch Verlängerung von Kreditschöpfungsketten oder Schaffung von Finanzderivaten. **Idealtypisches Beispiel** aus der US-Immobilienmarktkrise: Verwandlung sogenannter ‚**Sub-primes**‘ (‚subprimärer‘, also faktisch hochgradig *fauler* Hypothekenkredite) in ‚Wertpapiere‘ (via Bündelung und ‚Verbriefung‘) als ‚Sicherheit‘ – für neue Kredite...

Folge: Gigantische Aufblähung der Internationalen Finanzmärkte:

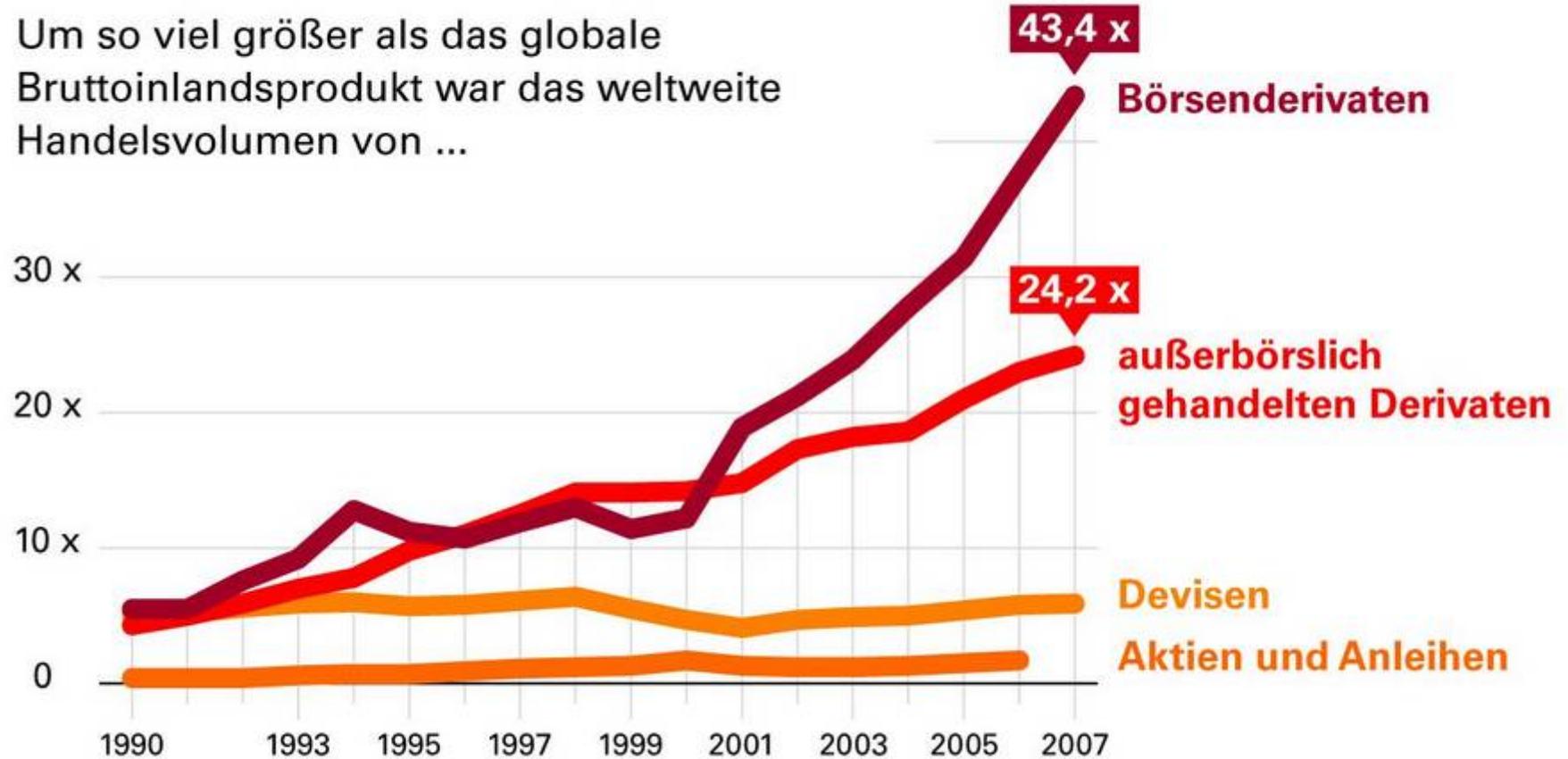


1: Weltsozialprodukt 2005 ca. **41 Billionen** Dollar.

2: Umsätze auf den internationalen Finanzmärkten 2005 ca. **1.600 Billionen** Dollar, also ca. 40 mal größer.

Von der Realwirtschaft abgekoppelt

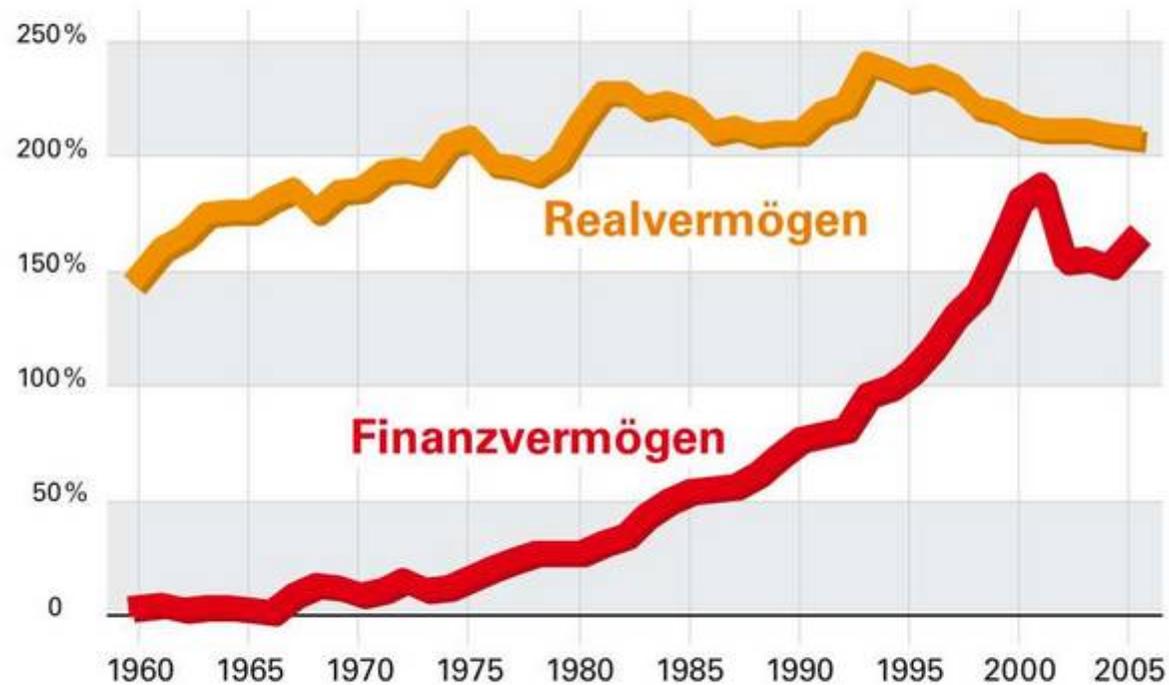
Um so viel größer als das globale
Bruttoinlandsprodukt war das weltweite
Handelsvolumen von ...



Quelle: BIZ, World Federation of Exchanges 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Unternehmen investieren mehr in Wertpapiere als in Maschinen

Bei Kapitalgesellschaften ohne Banken und Versicherungen entwickelte sich das...



Vermögen in Prozent der Nettowertschöpfung

Quellen: Federal Reserve Bank, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt 2007

© Hans-Böckler-Stiftung 2008

II. Was bislang getan wurde gegen die Finanz-, Banken- und Realwirtschaftskrise

1. **Finanzmarktstabilisierungsfonds** („Bankenrettungsschirm“): 400 Mrd. € Bürgschaften + 80 Mrd. € für Rekapitalisierung (Beteiligungen) gegen „marktübliche Vergütung“ (z. B. Aktienanteile) bzw. „angemessene Verzinsung“ und Einfluss auf Geschäftspolitik inkl. Managervergütung.

Kritik:

- Dramatische Sozialisierung von Verlusten ohne wirkliche Gegenleistung,
- „angemessene Verzinsung“ bei HRE 1,5 %,

- Rückzahlung unklar (Verfassungsbeschwerde),
- Regulierung der Managergehälter nur auf dem Papier,
- Chance zu grundlegender demokratischer Umgestaltung des Finanzsektors vertan.

2. Konjunkturpakete I und II: Letzteres z. B. besteht aus 14 Einzelmaßnahmen.

Kritik:

- Von 14 Einzelmaßnahmen wirken nur 3 direkt Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung fördernd: 1. ‚Abwrackprämie‘, 2. Einmalzahlung an Kindergeldempfänger (100 €) und 3. öffentli-

ches Investitionsprogramm – von nur 14 Mrd. €, auch noch verteilt auf 2 Jahre (2009-2010).

- Abwrackprämie unterstützt nur Autofahrer – nicht Bahn- und Radfahrer oder Fußgänger. Führt genauso nur zu kurzfristigem konjunkturellem Strohefeuer (Mitnahmeeffekt) wie einmalige Kindergeldzahlung.
- Rest der Maßnahmen (Ausweitung der Exportbürgschaften, Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts etc.) kann nur in konjunkturell expansiver Situation wirken.

- Einkommenssteuer: Erhöhung des Grundfreibetrags (auf 8.004 € bis 2010) und Senkung des Einkommenssteuersatzes (von 15 % auf 14 %) o.k. – schließt aber ausgerechnet die aus, die *gar kein* zu versteuerndes Einkommen haben (z. B. ALG-II-Empfänger) und entlastet vor allem Spitzenverdiener (via ‚Rechtsverschiebung‘ der gesamten Progressionskurve).

III. Was man gegen die Finanz- und Bankenkrise tun sollte – systemimmanent

1. **Austrocknung der Finanzströme**, die an der Realwirtschaft vorbei auf die internationalen Finanzmärkte fließen, durch kräftige Erhöhung aller Steuern auf (vor allem hohe) Einkommen, Gewinne, Zinsen, Dividenden, Erbschaften, Vermögen, Veräußerungsgewinne etc.
2. Einführung einer **Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte**, die der normalen Umsatzsteuer entspricht (Verrechnung nach dem Modell Vorsteuer/

Umsatzsteuer bei Finanzierung realer Investitionen durch Devisenkauf).

- 3. Verschiedene ordnungspolitische Maßnahmen:**
- Verbot der Verbriefung von Kreditpaketen,
 - starke Erhöhung des gesetzlich vorgeschriebenen Eigenkapitalanteils bei Firmenübernahmen,
 - Austrocknung von Steueroasen und Offshore-Finanzzentren,
 - vollständige Verstaatlichung bzw. öffentlich-rechtliche Organisation der Bankenaufsicht und von Ratingagenturen,

- mindestens europaweite, am besten weltweite Koordination aller Maßnahmen.

IV. Was man gegen die Finanz- und Bankenkrise tun sollte – tendenziell systemüberwindend, aber gleichwohl verfassungsgemäß

1. **Vorab:** Bankenkrise hätte genutzt werden können, um insolvente Banken *„für'n Appel und'n Ei“* staatlich zu übernehmen, um **danach** alle Spareinlagen etc. zu garantieren (zwecks Verhinderung eines ökonomischen Flächenbrandes). Entschädigungsfrage nach GG Artikel 14 u. 15 wäre damit (fast) gegenstandslos gewesen.
2. **Verstaatlichung** (nach GG. Artikel 14 u. 15) des gesamten **Banken-, Kredit- und Versicherungs-**

systems inkl. der **Börsen** und **öffentlich-rechtliche** Organisation, also **demokratische Kontrolle** und **Transparenz** des gesamten Systems – nach der Devise: *kein privater Handel mit öffentlichen Rechtstiteln* (Geld, Geldderivate, Pässe, Waffenscheine, Diplome, Kassenzulassungen etc.).

3. Neuer gesetzlicher Ordnungsrahmen:

- Verpflichtung des zukünftig allein öffentlich-rechtlich organisierten Finanzsystem (inkl. Börsen) nicht nur auf Einhaltung des Prinzips öko-

nomischer Effizienz, sondern auch auf die Erreichung **sozialer** und **ökologischer Ziele**.

- Verbot aller Spekulationsgeschäfte.
- Staatliche Kontrolle und Genehmigung der Schaffung von Finanzderivaten.
- Bezahlung der Angestellten des dann ausschließlich öffentlich-rechtlich organisierten Finanzsystems allein nach öffentlichen Tarifen (keine Boni etc.).

4. Geldschöpfung nicht durch Zentralbankkredite an Geschäftsbanken, sondern durch Überweisung schulden- und zinsfreien neuen Geldes auf

Staatskonten **im Rahmen** einer **allein** von der Zentralbank betriebenen inflationsfesten Geldmengenpolitik (nach dem Muster, nach dem schon heute die Gewinne der Bundesbank an den Staat überwiesen werden: Maßnahme deswegen **nicht unbedingt systemüberwindend**).

V. Was man zur Überwindung der Realwirtschaftskrise tun sollte – **systemimmanent**

1. **Umverteilung** der kräftig **steigenden Staatseinnahmen** (durch die massive Erhöhung aller Steuern auf Einkommen, Vermögen, Erbschaften, Börsenumsätze etc.) und des **neuen, schuldenfreien Zentralbankgeldes** in Richtung kleiner Sozialeinkommen (ALG-II, Sozialrenten, BAföG etc.) und öffentlicher Investitionen (ökologischer Umbau des Energie- Verkehrssystems, Bildungsausbau etc.). Das stärkt Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung, da Konsumquote

unten in der Einkommenshierarchie weit höher als oben.

- 2.** Einsetzung des großen ökonomischen und politischen Gewichtes Deutschlands, um in der **EU** und auch **international** (OECD, G-20, IWF etc.) eine ähnliche Entwicklung zu fördern.

VI. Was man zur Überwindung der Realwirtschafts- krise und der Übel des Kapitalismus insgesamt tun sollte – **systemüberwindend**

Man setze Ota Šiks Modell einer Humanen Wirtschafts-
demokratie um! Aber davon erst ein andermal mehr...

(Für Ungeduldige schon jetzt:

www.egbert-scheunemann.de/Ota-Siks-Humane-Wirtschaftsdemokratie-auf-5-Seiten.pdf)